Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 4

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KREMLFÜHRUNG: ES KNISTERT IM GEBÄLK

Seit Chruschtschews Sturz vor mehr als zwölf Jahren haben die sowjetischen Machthaber der Welt ein erstaunliches Beispiel praktischer kollektiver Führung vorgelebt. Eine Troika, bestehend aus Parteichef Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Staatsoberhaupt Podgorny, bestimmte die Richtlinien; zu ihr kam, als ideologischer *spiritus rector* im Hintergrund wirkend, Suslow. Wie im einzelnen die Gewichtung innerhalb des engsten Zirkels im Kreml war, vermochte der Aussenstehende, wie üblich, nicht zu ermessen. Unanfechtbar jedoch blieb die Tatsache, dass das Dreier- oder Vierergespann sichtlich funktionierte und sich, bei allen hierarchischen Abstufungen, doch nicht schon nach kurzer Zeit ein eindeutiger Trend zur Monokratie herausbildete wie seinerzeit unter Chruschtschew oder gar unter Stalin.

Nun ist mit dem *Ausscheiden Podgornys* aus dem Politbüro erstmals nach über einem Jahrzehnt ein Stein aus dem Gefüge der Spitzenführung herausgebrochen worden. Die Entlassung erfolgte unter Umständen, die den Schluss nahelegen, dass ihr ernsthafte Meinungsverschiedenheiten – vor allem mit Generalsekretär Breschnew – vorangegangen sind, möglicherweise im Bereich der *Afrikapolitik* oder im langwierigen Streit um die neue *Sowjetverfassung*, die der Parteichef als Vermächtnis einer nachfolgenden Generation hinterlassen und sie einer leicht zur Vergesslichkeit neigenden Nachwelt mit seinem Namen verbinden will.

Das alles mutet eher an wie der Streit einer abtretenden Führungsschicht um ihr künftiges *Prestige* in den Augen ihrer Sukzessoren als um die Endphase eines seit Jahren geführten Machtkampfes. Es ist unbestritten, dass Breschnew durch den Abgang Podgornys seine Stellung befestigt und ausgebaut hat. Stärker als je zuvor steht er allein in der Verantwortung für die sowjetische Innen- wie Aussenpolitik.

Also ein Indiz der wiederkehrenden *Alleinherrschaft* eines Einzigen nach dem Interregnum von zwölf Jahren einer ungewöhnlichen Kollegialität? Man wird sich vor solchen voreiligen Spekulationen hüten müssen. Die übriggebliebenen Führer, und mit ihnen der Generalsekretär, sind *alt* geworden. Noch vor nur zwei Jahren hatten Kremlologen Breschnew als schwerkrank diagnostiziert, und überall hatte man eifrig über seine Nachfolge gewerweisst. Nun aber soll er plötzlich wieder völlig hergestellt sein und sich in zupackenderem Elan als je zuvor an die Spitze setzen – diese Version ist zwar nicht völlig ausgeschlossen, aber doch eher unwahrscheinlich. Denn zweifellos drängt sich hinter Breschnew und den andern Greisen des Politbüros eine seit Jahren zurückgehaltene andere Generation, die ihr Ungestüm je länger je weniger zügeln kann, denn ihre Zeit ist bemessen, will sie nicht zwischen den Alten, die nicht weichen und jenen, die bereits nach ihr in die Führungspositionen hineinwachsen, zerrieben werden.

In Moskau knistert es im Gebälk. Podgornys Verschwinden könnte ein

Signal dafür sein, dass das Gefüge der *ganzen* kollektiven Führung erschüttert ist. Denn nur zu sehr schien in den vergangenen zwölf Jahren die Zusammenarbeit innerhalb des Kremls darauf abgestimmt, dass die drei oder vier Männer an der Spitze sich gegenseitig ergänzten und stützten und keiner den andern dominierend überragte. Nun aber ist einer der Pfeiler entfernt worden, und leicht könnte rasch das ganze Gebäude einstürzen.

Das ist, es sei deutlich gesagt, reine *Vermutung*. Aber die Sowjetunion weicht auch heute nicht von ihrer traditionellen Linie ab, die Interna ihrer obersten Führung nach aussen hin so hermetisch abzuschirmen, dass nichts übrig bleibt als Spekulation. Weniger blosse Prognostik ist es, wenn man voraussagt, dass damit für die Sowjetunion eine Periode innerer wie äusserer Labilität einsetzen könnte. Die kollektive Führung Breschnews, Kossygins und Podgornys war, nach den Eskapaden des unberechenbaren Chruschtschew, auf eine einigermassen kalkulierbare Linie des vorsichtig beschränkten Risikos eingeschwenkt. Dies garantierte eine gewisse Sicherheit und Kontinuität. Den Beweis dafür, dass sie fähig und entschlossen sein werden, diesen Kurs weiterzuverfolgen, würden die Nachfolger der Troika erst erbringen müssen.

Alfred Cattani

DER «LANGE MARSCH» DER FINANZPOLITIKER

Das Volk hat deutlich Nein gesagt – doch wer versucht, aus dem Nein am 12. Juni den künftigen Weg aus der Sackgasse der eidgenössischen Finanzpolitik herauszulesen, der tut sich schwer damit. Zu gross war das Spektrum der Positionen in der Abwehrschlacht gegen eine Finanzvorlage, die im Interesse eines ausgewogenen Kompromisses verschiedenste Elemente miteinbezog und damit auch verschiedenartigste Angriffsflächen bot. Zu verschiedenartig waren auch die Motivationen der Gegner. Die einen – um mit den Extremen zu beginnen – sahen in der Sparkomponente des ganzen Programms einen «Verrat» am Sozialstaat. Die anderen befürchteten, im «Papierkrieg» der Mehrwertsteuer-Abrechnungen wirtschaftlich zu ersticken.

Der Hauptharst der Neinsager aber schien sich auf der Linie jener Finanzpolitiker zu bewegen, die einen Systemwechsel bei der indirekten Steuer zwar hingenommen hätten, jedoch den gewählten Steuersatz nicht akzeptierten und parallel dazu das Sparpaket als zu mager kritisierten. Wie genau diese Entscheidung weiter Kreise auf sachliche Elemente abgestützt war, bleibt allerdings eine offene Frage. Jene, die sich der Mühe unterzogen, sich Abend für Abend mit kritischen Bürgern auseinanderzusetzen, stellten immer wieder fest, wie punktuell die Detailkenntnisse waren. Das stimmt auch mit den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Untersuchung überein, die letzthin aufzeigte, dass die «finanzpolitische Allgemeinbildung» in unserem Land bedenklich fragmentarisch ist.

Nicht ganz zu Unrecht ist deshalb in einzelnen Kommentaren festgestellt worden, dass mit einer längeren Auf-

klärungskampagne wohl noch Terrain zu gewinnen gewesen wäre. Doch abgesehen davon, dass sich bei der raschen Abfolge der Abstimmungstage längerfristige Informationsprogramme für Abstimmungsvorlagen nicht so leicht realisieren lassen – im März zum Beispiel standen ja eben noch die Überfremdungsinitiativen auf der Traktandenliste –, gab es diesmal einen sachlich-politischen Grund für den zeitlichen Ablauf der Kampagne: Massgebende Kreise in Politik und Wirtschaft wollten zuerst einmal wissen, was es mit dem Sparen auf sich habe; damit verzögerte sich ihre definitive Stellungnahme und das entsprechende Engagement für die Finanzvorlage bis zur parlamentarischen Behandlung des Sparpakets. Immerhin ist festzuhalten, dass angesichts des deutlichen Neins auch dann kaum mit einem Ja zu rechnen gewesen wäre, wenn das Sparprogramm früher vorgelegen hätte.

Was nun? Die Finanzpolitiker haben einen «langen Marsch» vor sich. Zwar sind sie längst daran gewöhnt, sich in «Übergangslösungen» zu bewegen. Denn bekanntlich hat das Volk seit Menschengedenken noch nie eine Finanzreform im ersten Anlauf akzeptiert, wobei jene vom 12. Juni seit Einführung der WUST im kriegsbedingten Dringlichkeitsverfahren bei weitem die grösste hätte werden sollen. Doch jetzt stellen sich besonders schwerwiegende Probleme. Zunächst einmal bleibt nicht viel Zeit für Sofortmassnahmen. Das Budget 1978 muss in den nächsten drei bis vier Monaten massiv «redimensioniert» werden; man spricht von Kürzungen in der Höhe von 1,1 Milliarden.

Eine Konzentration dieser Sparmassnahmen auf den «Transferbereich» unter dem Motto «Jetzt wollen wir es ihnen zeigen» ist schon deshalb schwierig, weil Kantone und Gemeinden teilweise ebenfalls in prekärer Finanzlage sind und Kürzungen der Bundesbeiträge mit problematischen Steuererhöhungen oder Neuverschuldungen auffangen müssten. Also wird der Bund nicht darum herumkommen, auch seine eigenen Ausgaben und vor allem die pendenten Aufstockungen (AHV und Hochschulförderung) nochmals zu überprüfen.

Im Bereich der Einnahmen scheint zwar für weite Kreise eine Neuauflage der Mehrwertsteuer naheliegend zu sein. Doch dürfte eine neue Abstimmung kaum vor 1980 erfolgen; denn 1979 ist ein Wahljahr, das seine Schatten schon bald nur zu stark vorauswerfen und damit auch die Ausarbeitung von schwierigen Finanzgeschäften praktisch blokkieren wird. Also wird sich hier eine Übergangslösung im Sinne einer Erhöhung der WUST aufdrängen. Heute, drei Tage nach der Abstimmung, ist es noch schwer abzuschätzen, in welchem Ausmass und mit welchem Zeitplan eine solche Anpassung erfolgen wird. Doch dürfte eine erhöhte WUST kaum vor Mitte 1978 wirksam werden, wenn auf die Anwendung von Dringlichkeitsrecht verzichtet werden soll.

So oder so, wir haben weitere finanzpolitische Durststrecken vor uns, die nicht nur die Finanzpolitiker angehen. Wichtig ist dabei, dass die Probleme «entemotionalisiert» werden. Dramatische Bewegungen und Trotzreaktionen würden hier nicht weiterhelfen.

Richard Reich

ORDNUNGSPOLITISCHE FEHLZÜNDUNG?

Es war vorauszusehen – und es ist wohl auch richtig so –, dass der «Fall Chiasso» im Bereiche der *Bankenkontrollen* seine Konsequenzen haben werde. Mit bemerkenswerter Promptheit hat die Nationalbank reagiert. Es ist ihr bekanntlich gelungen, ein Abkommen mit den Banken unter Dach und Fach zu bringen, das, angereichert mit einigen Gummiparagraphen (was ist, ganz konkret und eindeutig, etwa «aktive Beihilfe zur Kapitalflucht»?) Verhaltensnormen stipuliert, Sanktionen androht und Selbstkontrollen in einem verstärkten Masse versucht zum Durchbruch zu verhelfen – Selbstkontrollen, von denen nicht wenige reputierte Banken behaupten, sie schon längst zu praktizieren. Das Abkommen muss erst noch beweisen, was an realem Gehalt in ihm steckt.

Vorkommnisse, wie sie einer angesehenen Bank auf dem sonnigen Finanzplatz im Tessin «passiert» sind, fordern rasche Reaktionen – besonders dann, wenn wichtige Abstimmungstermine und eine Session der eidgenössischen Räte vor der Türe stehen. Die Nationalbank ist darauf eingerichtet, rasch zu handeln. Sie hat diese Fähigkeit schon mehrfach unter eindrücklichen Beweis gestellt.

Fragt sich eigentlich nur – und diese Frage muss erlaubt sein –, ob sie für die Durchpeitschung einer solchen Übung tatsächlich die richtige Instanz war. Gehört es zu ihrem angestammten Aufgabenbereich, die Banken zu erhöhter Wachsamkeit, zur Einhaltung einer mit einer freien Wirtschaft allein kongruenten Geschäftsmoral sowie zur Verstärkung ihrer internen Kontrollen mit dem «sanften Druck» eines Vertrages anzuhalten? Eine weitere Frage drängt sich in den Vordergrund: wo ist bei dieser Aktion eigentlich die *Bankenkommission* geblieben? Sie wäre von ihrem Auftrag her beurteilt wohl in erster Linie dazu berufen gewesen, sich um diesen Problemkomplex zu kümmern. Reicht ihre Beweglichkeit und Kapazität nicht aus, um mit den Ereignissen Schritt zu halten? Völlig abwegig scheint diese Vermutung nicht zu sein.

Jedenfalls gehört es, wenn ein liberales Ordnungsverständnis zu Rate gezogen wird, nicht unbedingt zu den Aufgaben einer Notenbank, sich um die Effektivität bankinterner Kontrollen zu kümmern oder Sittenrichterfunktionen zu übernehmen. Mag sein, dass sich aus mancherlei Gründen die Beschreitung dieses Weges aufdrängte. Mag sein, dass die Dramatik der Situation eine beispielhafte Demonstration forderte. Mag endlich auch sein, dass die Nationalbank durch die Erfahrungen, die sie seinerzeit mit den ordnungspolitisch ebenfalls nicht koscheren Gentleman Agreements sammeln konnte, zur Übernahme dieser Rolle geradezu prädestiniert war. Dies alles mag gewichtig sein. Die Gretchenfrage: «Wie hälst Du's mit der marktwirtschaftlichen Ordnung?», bleibt indessen trotzdem bestehen.

Willy Linder